

Entschließungsantrag

der BundesrätInnen Doris Hahn, Daniela Gruber-Pruner,
Genossinnen und Genossen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Bildungsinvestitionsgesetz geändert wird

Am 19. Juni dieses Jahres wurde die OECD-LehrerInnenstudie TALIS veröffentlicht, die für Österreich als Hauptbotschaft brachte, dass sich der Großteil der österreichischen Lehrkräfte zu wenig durch Unterstützungspersonal in seiner Arbeit begleitet fühlt. Es sei unverständlich, dass die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen für Leistungen verwendet wird, die durchaus durch Unterstützungspersonal sowohl besser als auch deutlich billiger erledigt werden kann. In diesem Ranking steht Österreich leider an der untersten Stufe.

Für diese Frage eignet sich der Bundesrat als Gremium besonders gut, da Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen Verantwortung tragen und eine gemeinsame Lösung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse im Sinne der Schülerinnen und Schüler gefunden werden sollte.

Um die pädagogische Arbeit für die Schülerinnen und Schüler zu verbessern, soll möglichst rasch dieses österreichische Manko einer Lösung zugeführt werden. Die unterzeichneten BundesrätInnen stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen

Entschließung

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, umgehend die Verhandlungen mit dem Bundesminister für Finanzen sowie mit den Ländern und Gemeinden aufzunehmen, um durch zusätzliches Unterstützungspersonal an Schulen bestmögliche Bildung für die Schülerinnen und Schüler und bestmögliche Arbeitsbedingungen für die Pädagoginnen und Pädagogen an allen Schulen der Republik zu ermöglichen.“

Doris Hahn
Daniela Gruber-Pruner
Barbara Prammer
Christine Schwaninger

